

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich von 8 Uhr bis den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in der Redaktion 2 Mk., im Monat 6 Mk., im Vierteljahr 18 Mk., im Halbjahr 34 Mk., im Jahr 66 Mk. (Postgebühr 10 Mk.).
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis: Bei Abholung in der Redaktion 10 Pf., im Monat 30 Pf., im Vierteljahr 90 Pf., im Halbjahr 1,70 Mk., im Jahr 3,30 Mk. (Postgebühr 10 Pf.).
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.
Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meßsen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostau.

Nr. 9. — 85. Jahrgang. — Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. — Vol. 108. — Dresden 2640. — Montag, den 11. Januar 1926.

Minderheitsfragen.

In Berlin vereinigen sich augenblicklich die Vertreter der unterdrückten Völker zu einer öffentlichen Kundgebung an das Weltgewissen. Die Veranstaltung ist nur ein Glied in der Kette ähnlicher Kundgebungen, die in der nächsten Zeit in allen Ländern, auch überm Meer, stattfinden werden. So hat der im November in Genf abgeschlossene Minderheitenkongreß beschlossen. Es wird also diesmal auch der Böswilligste nicht behaupten können, daß eine „deutsche Rache“ dahinterstehe. Eher lag eine Absicht darin, daß der Hauptkongreß der Minderheiten nach Genf, der Völkerverbund, einberufen wurde.

Bekanntlich hatte es nach den Behauptungen der Entente während des Krieges ein Hauptfriedensziel sein sollen, daß die ständige Kriegsgefahr in sich bergende Minderheitenfrage gelöst wurde. Wie sie „gelöst“ worden ist, beweist die einfache Tatsache, daß wir in Europa das Vielfache an Minderheiten haben wie vor dem Kriege. Nicht weniger als 36-37 Millionen Europäer leben infolge der Pariser Friedensschlüsse außerhalb ihres geographischen, sprachlichen und kulturellen Vaterlandes unter fremder Herrschaft. Die Rechte dieser Abgetrennten gegen Vergewaltigung der neuen Mächte zu schützen, sollte Aufgabe des Völkerbundes sein, aber der Völkerbund hat in dieser Hinsicht sich nicht bewährt, sondern vollkommen versagt. Der jugoslawische Minister Raditsch, selbst Völkerbundsdelegierter, hat kürzlich sogar in einer öffentlichen Rede dargelegt, warum der Völkerbund mit Notwendigkeit versagen mußte. Auf dem bisherigen Wege ist also nicht weiterzukommen, sonst wären die Klagen über die Entrechtung der Minderheiten nie auf und die durch sie hervorgerufenen Konfliktsmöglichkeiten können jeden Tag von neuem einen Weltbrand entzünden. Es gibt aber, mit ganz wenigen Ausnahmen, keine Minderheiten, welche wünschen, daß überhaupt ein neuer Krieg geführt werde, oder die hoffen, daß sich durch einen solchen ihre Lage verbessern werde. Darum suchen die Minderheiten selbst nach einer Lösung, welche auch die Mächte befriedigen soll. In Genf auf dem großen Minderheitenkongreß, wo alle in Europa vorhandenen Minderheiten mit Ausnahme der durch wohlbekannte Gründe am Erscheinen verhinderten Elsaß-Lothringer und Südtiroler vertreten waren, wurden abendlich keine Beschlüsse gefaßt, sondern es fand lediglich eine klärende Aussprache statt. Als nächste Maßnahme wurde nur geplant, durch Kundgebungen in den Weltbaustädten das öffentliche Gewissen wachzurufen, damit jeder sich mit der Not der Unterdrückten beschäftigen muß, damit niemand mehr die Augen gleichgültig verschließen könne. Erst der Minderheitenkongreß im nächsten Winter soll Richtlinien für ein tatkräftiges Vorgehen aufstellen.

Daß die Minderheiten keine Verschwörer- und Meutereiabsichten hegen und daß ihre freiwillige Mitwirkung an der Lösung des Problems, welches sonst nach einer amerikanischen Voraussage schon im nächsten Jahr ein neuen europäischen Krieg entfesseln muß, ganz im Sinne der Regierungen vernünftiger Mächte liegen kann, das beweist am besten die schon erwähnte Aussprache des jugoslawischen Staatsministers Raditsch. Er schlug den Minderheiten vor, daß sie von sich aus versuchen sollen, die Brücke zwischen zwei benachbarten Staaten mit gemischter Bevölkerung zu bilden, und daß sie zunächst keine allgemeine Lösung des Minderheitenproblems verlangen sollen, sondern eine solche von Fall zu Fall. Um ein Beispiel zu geben, so rief er den Deutschen Jugoslawiens, Verhandlungen mit den Slowenen Österreichs anzunehmen und sich beiderseits über das Maß notwendiger kultureller und sprachlicher Freiheit zu einigen. Sobald die Minderheiten eine völlige Übereinstimmung gefunden hätten, müßten einen Staatsvertrag verpflichten, daß jede von ihnen ihrer Minderheiten Rechte gibt wie die andere. Die Deutschen Südtirols hätten dann dasselbe Anrecht auf eigene Schulen, auf örtliche Selbstverwaltung usw. wie die Slowenen Kärntens. Auf beiden Seiten würden die Minderheiten Pfeiler einer Brücke zum gegenseitigen Verständnis der großen Völker bilden. Ein System von solchen Gegenseitigkeitsverträgen müßte allmählich ganz Europa überziehen, so daß die Minderheiten, statt wie bisher eine unter der Axt stehende Kriegsgefahr zu sein, im Gegenteil einen festen Grund für den Frieden darstellen würden, der auch dann nicht ins Wanken geriete, wenn ihre großen Staatsvölker wieder einmal in eine Stimmung der Kriegsbereitschaft hineingetrieben würden.

Stehet sich das verwirklichen, so würden die Minderheiten eine Menschheitsmission erfüllen, und in diesem Sinne muß man der Berliner Veranstaltung wie allen, die ihr in der nächsten Zeit in den Hauptstädten des Auslands folgen werden, den besten Erfolg wünschen. Dabei kann man für einen Augenblick den Gedanken vollkommen beiseite lassen, daß das deutsche Volk ganz besonders mit dem Herzen an der schiedlichen und ehrlichen Lösung der Minderheitenfrage beteiligt ist. Wohnen doch heute unzählige Deutsche außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches!

Das Zentrum für die Große Koalition.

Reichsfinanzier Dr. Luther ist vom Reichspräsidenten von Hindenburg abermals empfangen worden zur Besprechung der Frage der Regierungsbildung. Reichspräsident von Hindenburg hat sich dem Vornehmen nach entschlossen, jetzt von der Berufung einer Persönlichkeit zur Bildung der Regierung noch abzusehen, vielmehr die bevorstehenden Beschlüsse der Parteien des Zentrums und der Demokraten und der Sozialdemokraten abzuwarten.

Aus diesem Grunde empfängt Reichspräsident von Hindenburg am Montag die Führer der Demokraten und des Zentrums, die Abgeordneten Koch-Weser und Schrenbach, um ihnen nahezu legen, alsbald ständige Beschlüsse der in Frage kommenden Parteien herbeizuführen, da eine weitere Hintanzögerung der Regierungsbildung nicht in Frage kommen kann.

In Reichstag fanden Verhandlungen zwischen Vertretern der Zentrumspartei und der demokratischen Fraktion statt. Das Zentrum war durch die Abgeordneten Marx vertreten, die Demokraten durch die Abgeordneten Koch-Weser, Dr. Sahn und Erselen. Man kam dahin überein, unbedingte Unterstützung der Großen Koalition festzuhalten und auf die Sozialdemokraten in dieser Richtung einzuwirken.

In parlamentarischen Kreisen der Rechten hält man die Aussichten der Großen Koalition trotz des jetzt wieder eingeschalteten Versuches, ihre Minderheiten nochmals nachzuprüfen, für ebenso gering wie im Dezember. In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß die Führer des Zentrums und der Demokraten die Sozialdemokratie um eine endgültige Antwort bitten werden. Da der grundsätzliche Standpunkt der Sozialdemokratie bekanntlich bereits feststeht und nach den bekanntgewordenen Auslassungen eine Änderung nicht zu erwarten sein dürfte, wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß der Reichspräsident dann spätestens am Mittwochabend oder Donnerstag früh eine Persönlichkeit mit der Kabinettsbildung beauftragt, die voraussichtlich Dr. Luther sein wird.

Berlin, 11. Januar. Der Reichsparteivorstand und die Fraktionsvorstände der Zentrumspartei aus dem Reichstage und dem Preussischen Landtag beschäftigten sich gestern bis in die neunten Abendstunden mit der politischen Lage. Es wurde eine parteiamtliche Mitteilung ausgegeben, die besagt: „In den Berichten aus allen Landesteilen, insbesondere des Westens, fand die ungeheure von Tag zu Tag steigende wirtschaftliche Not

weltweiter Völkerschichten einen erschütternden Ausdruck. Daraus zog die Versammlung die Folgerung, daß zur Überwindung dieser Notlage nur eine Regierung aus breiterster Grundlage berufen sein kann. Das ist die Große Koalition. Der Verantwortung zur Bildung einer solchen Regierung könne sich keine Partei entziehen, der es ernst ist, mit der Fortführung einer gesünderen friedlichen Außenpolitik und Aufrechterhaltung unserer Verfassung, der Gesundung der Wirtschaft und der Linderung der sozialen Notstände. Unverantwortlich wäre es und für eine Verfassungsverletzung unerträglich in der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis, noch eine Staatstriebs heraufzubeschwören. Sie würde zur völligen Verelendung unseres Volkes, insbesondere der arbeitenden Massen führen. Die Versammlung ersucht daher von der Zentrumspartei des Reichstages, daß sie alle Entschlossenheit und alle politischen Mittel anbietet, eine solche Entwicklung zu verhindern.“

Bedrohliche Lage der eingefrorenen Dampfer.

Zwei Dampfer untergegangen. — Linienschiff „Hessen“ eilt zu Hilfe.

Von den bei Kronstadt im Eise festgefrorenen deutschen Dampfern sollen zwei untergegangen sein. Der russische Eisbrecher „Lenin“ hat die Schiffe wohl erreicht, konnte aber keine genügende Hilfe leisten. Die übrigen Schiffe sind immer noch in Gefahr.

Zur Hilfeleistung an die im Finischen Meerbusen vom Eise eingeschlossenen Dampfer wurde das Linienschiff „Hessen“ von Kiel aus entsandt, da die Eisverhältnisse sich verschlechtert haben. Die von der russischen Regierung erbetene Stellungnahme steht noch aus.

In Wiborg stehen vier finnische Flugzeuge in Bereitschaft, um den im Finischen Meerbusen eingeschlossenen Dampfern Proviant zu überbringen, jedoch war es ihnen wegen der großen Kälte noch nicht möglich, zu starten.

Die Überschwemmungskatastrophe in Mexiko

Regales (Mexiko). Den letzten Berichten zufolge sind durch die Überschwemmung im mexikanischen Staat Kayarti 20 bis 300 Menschen ums Leben gekommen. Der über seine Ufer getretene Santiago-Fluß hat sieben Städte in Asche verkehrt.

Der Streit um die Genfer Aemter.

Dr. Stresemann's Klärungen.

Im vorausgehenden Ausgange des Reichstages in Berlin wurde die Frage der Beamtensetzung im Völkerbund behandelt. Es wurde bekanntlich behauptet, die Zentrumspartei und die Sozialdemokratische Partei hätten beim Generalsekretär des Völkerbundes offizielle Kandidatenlisten für die Deutschland zuzustellenden Stellen im Völkerbundssekretariat eingereicht. Auf Antrag der Abgeordneten Marx und Müller-Franken wurde gleich nach Beginn der Ausschusssitzung beschlossen, die Vertraulichkeit der Verhandlungen aufzuheben mit dem Vorbehalt, daß für einzelne Teile der Erörterung die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden könnte. Der Vorsitzende, Abg. Dr. Dergt, gab eine Darstellung der Pressepolitik in dieser Angelegenheit. Dann gab Reichsankenminister Dr. Stresemann seine Klärungen zu der Sache ab.

Dr. Stresemann sagte zunächst, die Stellung Deutschlands sollte in einer besonderen Sitzung behandelt werden. Dann betonte der Minister, daß irgendein Beamter des Auswärtigen Amtes persönliche Politik in dieser Frage nicht getrieben hat; von niemandem ist eine Aufforderung an den Generalsekretär in Genf ergangen. Stresemann sagte weiter: Es ist auch nicht etwa indirekt die maßgebende Stelle des Völkerbundssekretariats interpelliert worden. Ich habe auch nicht angenommen, daß ein Sturm von Bewerbungen vor sich gehen würde. Welche Vorschläge die Reichsregierung ihrerseits machen wird, sieht dahin. Bisher liegen derartige Vorschläge noch nicht im Auswärtigen Amt vor, sie können auch noch nicht gemacht werden, weil man nicht wisse, welche Stellen im Völkerbund für uns freistehen. Der Vorwurf, daß der Bericht beim Generalsekretär Aschmann in Genf befehl sei, ist durchaus unrichtig. Mir ist jedenfalls nichts darüber bekanntgeworden. Der zweite Vorwurf ging dahin, Aschmann hätte einen schwindelhaften Bericht ausgegeben. Nach dem Zusammenhang dieser drei Telegramme ist auch diese Behauptung unrichtig.

Was die Frage unserer Vertretung bei den Verhandlungen des Völkerbundes anlangt, so bleibt diese am besten in den Händen von politischen Persönlichkeiten, und zwar aus allen Parteien, die dafür in Frage kommen. So wird es auch in anderen Nationen gehalten. Was

die Frage des ständigen Vertreters des Außenministeriums bei den Verhandlungen des Völkerbundes anbelangt, so war auch hier niemand vorge schlagen, weil wir erst abwarten wollen, wie die Entscheidung geht und ob das Prinzip des ständigen Vertreters des Außenministeriums sich bewährt und ob dabei die Persönlichkeiten, die evtl. mit mir zusammen auf den Verhandlungen erscheint, auch zuerst für diese Stellung in Betracht kommt oder eine Persönlichkeit, die gerade für diese Materie besonders vorbereitet ist. Vorläufig möchte ich das letztere annehmen.

Wir haben noch keine Tradition im Völkerbunde, während uns gegenüber Persönlichkeiten zeigen, die schon seit einer Reihe von Jahren arbeiten. Die anderen Fragen werde ich in der für später in Aussicht genommenen Sitzung behandeln.

Abgeordneter Timpfer, Chefredakteur des Borwärters, erklärte, seine Partei sei tatkundig aus dem Hinterhalt überfallen worden. Aus dem Standal sei eine Schädigung der deutschen Interessen entstanden. Das hätte der Reichsankenminister voraussehen und sofort energisch eingreifen müssen.

Abg. Marx: Die Dinge liegen so, daß gewisse Richtungen mit allen Mitteln versuchen, die republikanischen Parteien von einflussreichen Stellen unbedingt fernzuhalten. Das scheint mir mehr Stellenjägerlei zu sein als unsere berechtigten Ansprüche. Ich leugne nicht, daß ich auf Anfrage aus Genf Namen von Persönlichkeiten genannt habe, die auf dem Boden der jetzigen Staatsform stehen. Das war meine Pflicht. Zum Überflus habe ich dem Auswärtigen Amt davon Mitteilung gemacht. Es geht in den Reichsministerien einfach nicht mehr so weiter. Im vorliegenden Falle läßt sich sehr schwer ein Beweis führen, daß die Kampagne aus dem Auswärtigen Amt beeinflusst ist, aber ein gewisses Mißtrauen bleibt.

Nach einiger Debatte, in welcher der demokratische Abgeordnete Koch dem Vorwurf beitrug, das Auswärtige Amt habe nichts getan, um unschuldig Verdächtige zu verteidigen, führt Dr. Stresemann aus, er glaube durchaus loyal gehandelt zu haben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hilsferding stellt einen Antrag, zu beschließen: „Für die Behauptung, die Sozialdemokratie oder führende Parteimitglieder hätten auf das Völkerbundssekretariat mittelbar oder unmittelbar einzuwirken versucht, damit Angehörige der Partei zu Mitgliedern des Sekretariats ausgewählt würden, steht jede tatsächliche Unterlage. Abg. Lehrenbach meint, die ganze Pressekampagne in der Angelegenheit sei ekelhaft.“